



ÖFFENTLICHER VORSCHLAG ZUR TAGESORDNUNG

Absender:

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Hagen

Betreff:

Vorschlag der SPD-Fraktion

hier: Fördermittel aus dem Sofortprogramm des Bundes zur Verbesserung der Luftqualität

Beratungsfolge:

25.01.2018 Ausschuss für Umwelt, Stadtsauberkeit, Sicherheit und Mobilität

Beschlussvorschlag:

Die SPD Fraktion hatte im HFA die Frage nach der Hagerer Vorgehensweise zur Erreichung der entsprechenden Fördermittel gestellt.

Auf der Grundlage eines Antrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hatte der Umweltausschuss im Dezember 2017 folgenden Beschluss einstimmigen gefasst:

- a) Die Verwaltung ermittelt schnellstmöglich, ob und in welcher Höhe die Stadt Hagen Fördermittel aus dem angekündigten Sofortprogramm des Bundes zur Verbesserung der Luftqualität in Anspruch nehmen kann.
- b) In einer entsprechenden Vorlage ist zudem darzustellen, ob die Stadt dafür selbstständig neue Maßnahmen zur Luftreinhaltung generieren muss oder ob mit den Bundesmitteln bestehende Maßnahmen des gültigen Luftreinhalteplans ggf. beschleunigt durchgeführt werden können. Die Darstellung soll sich hinsichtlich bestehender und zukünftig möglicher Maßnahmen an den neun Förderschwerpunkten orientieren, die die Bundesregierung im Rahmen dieses Förderprogramms benannt hat.
- c) Es ist zudem darzustellen, inwieweit städtische Eigenanteile erbracht und haushaltswirksam eingestellt werden müssen.
- d) Die Fördermittel sollen beantragt werden, bevor sie verfallen oder die Stadt Hagen durch ggf. schnelleren Zugriff anderer Kommunen leer ausgeht.



Von der Verwaltung wird ein Gesamtbericht für alle betroffenen Bereiche der Verwaltung und der städtischen Unternehmen über die bisherige Entwicklung und die geplanten Maßnahmen erwartet.

Auf der Grundlage des Berichts behält sich die Fraktion vor, Anträge zu stellen.

Kurzfassung
Entfällt.

Begründung
Siehe Anlage.



Inklusion von Menschen mit Behinderung

Belange von Menschen mit Behinderung

(Bitte ankreuzen und Teile, die nicht benötigt werden löschen.)

☐

sind nicht betroffen

☐

sind betroffen (hierzu ist eine kurze Erläuterung abzugeben)

Kurzerläuterung:

An
den Vorsitzenden des Stadtentwicklungsausschusses
Herrn Dr. Stephan Ramrath
und
den Vorsitzenden des Umweltausschusses
Herrn Hans-Georg Panzer
im Hause

15. Januar 2018

Fördermittel aus dem Sofortprogramm des Bundes zur Verbesserung der Luftqualität

Sehr geehrte Herren,

wir bitten um Aufnahme des og. Antrages, gem. § 6 Abs.1 GeschO, auf die Tagesordnung der gemeinsamen Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses und des Umweltausschusses am 25.01.2018.

Begründung:

Die SPD Fraktion hatte im HFA die Frage nach der Hagerer Vorgehensweise zur Erreichung der entsprechenden Fördermittel gestellt.

Auf der Grundlage eines Antrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hatte der Umweltausschuss im Dezember 2017 folgenden Beschluss einstimmigen gefasst:

- a) Die Verwaltung ermittelt schnellstmöglich, ob und in welcher Höhe die Stadt Hagen Fördermittel aus dem angekündigten Sofortprogramm des Bundes zur Verbesserung der Luftqualität in Anspruch nehmen kann.
- b) In einer entsprechenden Vorlage ist zudem darzustellen, ob die Stadt dafür selbstständig neue Maßnahmen zur Luftreinhaltung generieren muss oder ob mit den Bundesmitteln bestehende Maßnahmen des gültigen Luftreinhalteplans ggf. beschleunigt durchgeführt werden können. Die Darstellung soll sich hinsichtlich bestehender und zukünftig möglicher Maßnahmen an den neun Förderschwerpunkten orientieren, die die Bundesregierung im Rahmen dieses Förderprogramms benannt hat.
- c) Es ist zudem darzustellen, inwieweit städtische Eigenanteile erbracht und haushaltswirksam eingestellt werden müssen.
- d) Die Fördermittel sollen beantragt werden, bevor sie verfallen oder die Stadt Hagen durch ggf. schnelleren Zugriff anderer Kommunen leer ausgeht.

Der örtlichen Presse war am 22. 12. 2017 zu entnehmen, dass offensichtlich bisher keine entsprechenden Maßnahmen seitens der Verwaltung eingeleitet wurden.

Von der Verwaltung wird ein Gesamtbericht für alle betroffenen Bereiche der Verwaltung und der städtischen Unternehmen über die bisherige Entwicklung und die geplanten Maßnahmen erwartet.

Auf der Grundlage des Berichts behält sich die Fraktion vor, Anträge zu stellen.

Da dieses Thema sowohl in die Zuständigkeit des Umweltausschusses als auch des Stadtentwicklungsausschusses fällt, ist eine Beratung in der gemeinsamen Sitzung angebracht, zumal dringender Handlungsbedarf besteht.

Freundliche Grüße

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Werner König', with a stylized flourish at the end.

Werner König
SPD-Fraktion